



Türkei

Das Vorgehen gegen Exilant*innen: Transnationale
Unterdrückung in Deutschland und weltweit



Weltweite Zunahme transnationaler Unterdrückung

Weltweit nehmen Angriffe auf Exilant*innen und verschiedene Diaspora-Gemeinden zu. Diese Angriffe reichen von Cyber-Mobbing über illegale Inhaftierungen bis hin zu Mord. Veranlasst werden sie durch die Regierungen der Länder, aus denen die Exilant*innen stammen. So definiert Freedom House den von Menschenrechtler*innen geprägten Begriff *Transnational Repression* (dt. Transnationale Unterdrückung). Gründe für die Zunahme dieser Form der Unterdrückung im 21. Jahrhundert sind vor allem der technische Fortschritt, die Kooperation zwischen Staaten gegen Migrant*innen und der Mangel an internationalen Richtlinien. Autoritäre Staaten nehmen Aktivitäten der Exilant*innen als Bedrohung für das von ihnen aufgebaute System im Heimatland wahr. Folglich greifen sie auf transnationale Unterdrückung zurück, um Exilant*innen einzuschüchtern und Ex-

empel zu statuieren. Freedom House schätzt in einem Bericht vom Februar 2021, dass weltweit 3,5 Millionen Menschen von transnationaler Unterdrückung betroffen sind. Formen der transnationalen Unterdrückung können in vier Kategorien eingeteilt werden:

1. **Direkte Angriffe** wie physische Angriffe, Verschleppungen und Attentate
2. **Die Mithilfe anderer Länder**, die sich zum Beispiel durch unrechtmäßige Abschiebungen beteiligen
3. **Mobilitätsbeschränkungen** wie die Annullierung von Reisepässen, die zu Inhaftierungen führen kann
4. **Drohungen aus der Ferne**, zum Beispiel durch Cyber-Mobbing oder die Bedrohung Angehöriger im Heimatland

Transnationale Unterdrückung durch die türkische Regierung

Auch die von der Türkei ausgehende transnationale Unterdrückung folgt diesem weltweiten Trend und hat stark zugenommen. Früher waren Kurd*innen betroffen, insbesondere aus den Reihen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, die vom türkischen Geheimdienst mit Hilfe „freundlicher Staaten“ in die Türkei verschleppt wurden. Heute sind es vermehrt die Anhänger*innen des im amerikanischen Exil lebenden türkischen Predigers Fethullah Gülen. Die türkische Regierung unter Recep Tayyip Erdogan wirft Gülen vor, hinter dem Putschversuch von 2016 zu stecken. Dieser löste einen enormen und geographisch weitreichenden Anstieg der transnationalen Unterdrückung durch die türkische Regierung aus: In 31 Ländern in Asien, Afrika, im Nahen Osten, Nord- und Südamerika und Europa wurden Exilant*innen Opfer dieser Politik.

Während Russlands Kampagne der transnationalen Unterdrückung stark auf Attentate ausgerichtet ist und China sich allen vier Kategorien der transnationalen Unterdrückung bedient, ist die Türkei führend was Verschleppungen angeht. Die bekannteste international koordinierte Entführung war wohl die Gefangennahme und anschließende Verschleppung des Kurdenführers und PKK-Chefs Abdullah Öcalan aus Kenia in die Türkei am 15. Februar 1999. Diese und andere „Aktionen“ der Türkei fallen in die Kategorie der direkten Angriffe.

Heute richteten sich die Angriffe größtenteils gegen Personen mit Verbindung zur Gülen-Bewegung. Diese Bewegung stuft die türkische Regie-

rung als „terroristisch“ ein und macht sie für den Putschversuch von 2016 verantwortlich. In Nachforschungen von Freedom House konnten 58 Fälle von Verschleppungen, willkürlichen Festnahmen und Folter in 17 Ländern seit 2014 identifiziert werden. Zahlen der UN und der türkischen Regierung selbst sind jedoch etwa doppelt so groß, womöglich da sich viele Fälle außerhalb der Öffentlichkeit abspielen. Ohne klaren legalen Prozess werden Exilant*innen in ihrem Aufenthaltsland festgenommen und an die Türkei ausgeliefert. Derartige Fälle ereigneten sich beispielsweise im Libanon und in Kirgisistan in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen.

Die Türkei verheimlicht ihre Entführungskampagne nicht. „Ich will noch einmal betonen, wir werden ihnen nirgendwo auf der Welt erlauben, in Ruhe zu atmen“, sagte Ibrahim Kalin, der Sprecher von Präsident Erdogan am 13. Juli 2018. Die Opfer werden stolz in den Medien präsentiert, denn die Festnahmen werden als legitime Mittel der Terrorismusbekämpfung dargestellt. So veröffentlicht die Pro-Regierungs-Zeitung Daily Sabah regelmäßig Artikel zur Entführungskampagne unter der Rubrik War on Terror. Auch die Gülen-Bewegung wurde nun als Terrororganisation eingestuft, womit diverse Formen der transnationalen Unterdrückung von Mitgliedern oder scheinbar Verbündeten der Bewegung gerechtfertigt werden. Alle 110 Fälle physischer transnationaler Unterdrückung durch die türkische Regierung, die Freedom House feststellen konnte, stehen in Verbindung mit einem Terrorismusvorwurf.

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft



ERDOGANS STAATSTERRORISMUS

Illustration: Klingvarr / Shutterstock.com

Während die Türkei transnationale Unterdrückung vor den Augen der internationalen Gemeinschaft betreibt, reagiert diese kaum darauf. Gleichzeitig bedient sich die türkische Regierung beispielsweise der zwischenstaatlichen Organisation Interpol, um Exilant*innen festzunehmen. So wurden von der Türkei auf einmal 60.000 Namen ins Interpol-System hochgeladen, was von Bundeskanzlerin Merkel 2017 als Missbrauch bezeichnet wurde. Unter anderem wurde der deutsch-türkische Schriftsteller Doğan Akhanlı

im August 2017 durch Unterstützung von Interpol-Informationen in Spanien verhaftet. Dies ist kein Einzelfall: Weltweit führen Interpol-Informationen zu Verhaftungen türkischer Exilant*innen. Interpol hat sich bisher nicht dazu geäußert. Diese Art von Umfunktionierung internationaler und zwischenstaatlicher Organisationen durch Autokraten kommt nicht nur in der Türkei vor, sondern geht Hand in Hand mit der Zunahme transnationaler Unterdrückung weltweit.

Todeslisten in Deutschland

Auch in Deutschland zeichnet sich eine besorgniserregende Entwicklung der transnationalen Unterdrückung durch die Türkei ab. Es sind angeblich sogenannte Todeslisten im Umlauf, auf denen die Namen von etwa 55 türkischen Exilant*innen in Deutschland stehen. Morddrohungen und Angriffe gegen oppositionelle Türken*innen und Kurd*innen nehmen zu. Es ist anzunehmen, dass die türkische Regierung sich für diese Angriffe eines Netzwerks aus Gruppierungen wie der türkischen Mafia und den rechtsextremen Grauen Wölfen bedient. So berichtet die International Journalists Association, ein von Exiljournalist*innen gegründeter Journalistenverein aus Frankfurt am Main, dass mehrere ihrer Mitglieder von den Landeskriminalämtern über eine erhöhte Gefährdungslage unterrichtet wurden. Die Exilant*innen sollten also vorsichtig sein.

Auch der türkische Geheimdienst MIT soll durch seine hohe Aktivität zur transnationalen Unterdrückung beitragen. Offiziell sind 12 Mitarbeiter*innen des MIT in Deutschland gemeldet, während der Verfassungsschutz eine tatsächliche Anzahl von 8.000 Mitarbeiter*innen schätzen.

Der Journalist Erk Acarer wurde im Juli 2021 Opfer eines Angriffs im Hinterhof seines Wohnhauses in Berlin. Er wurde von zwei Männern bei Tageslicht zusammengeschlagen, auf Türkisch beschimpft und dazu aufgefordert nicht mehr zu schreiben, während ein dritter Mann Wache hielt. Acarer schreibt unter anderem für die regierungskritische Zeitung *Birgün* und ist überzeugt, dass der Angriff auf ihn politisch motiviert war. Bereits vor dem Angriff wurde Acarer auf Twitter von Mitgliedern der türkischen Regierung bedroht und beleidigt. Er und seine Familie stehen nun unter Polizeischutz. Gefährdet sind Acarers Meinung nach nicht nur Journalist*innen wie er, sondern auch Aktivist*innen, Demokrat*innen, Sozialist*innen, Alevit*innen, Kurd*innen und andere Dissident*innen.



Türkische Demonstranten zeigen den sogenannten „Wolfsgruß“, das Erkennungszeichen der türkisch ultranationalistischen Bewegung „Graue Wölfe“. Foto: John Wreford / Shutterstock.com

Gibt die Türkei Morde in Auftrag?

Es besteht die Möglichkeit, dass die Türkei nicht ausschließlich Verschleppungen, Drohungen und physische Angriffe als Mittel der transnationalen Unterdrückung nutzt: Drei kurdische Aktivist*innen wurden 2013 in Paris von einem türkischen Mann erschossen. Eines der Opfer war Sakine Cansiz, eine Mitbegründerin der PKK. Dem mutmaßlichen Täter wurde vorgeworfen, Teil des türkischen Geheimdienstes zu sein. Er starb aller-

dings in Gewahrsam vor seiner Gerichtsverhandlung. Am Gerichtsverfahren wurde kritisiert, dass es gegen die verdächtige Einzelperson gerichtet war – und nicht auch den türkischen Geheimdienst mit einbezog. Weiterhin habe zu viel Zeit zwischen den Ermittlungen und dem Verfahren gelegen, obwohl man sich über den gesundheitlichen Zustand des Verdächtigen im Klaren gewesen sein muss.

Handlungsbedarf der internationalen Gemeinschaft und Deutschlands

Ein Grund den offenen Umgang der türkischen Regierung mit der Entführungskampagne ist der Mangel an internationalen und nationalen Protesten und Sanktionen. Die widerrechtlichen Verschleppungen werden ignoriert, weshalb die Türkei keinen Anreiz hat, ihr Verhalten zu ändern. Die Existenz der Todeslisten wurde von der Bundesregierung bestätigt, doch eine konkrete Liste liegt im Moment nicht vor. Viele Beobachter sind überzeugt, dass die Drohungen gegen Exilant*innen in

Deutschland nicht aufhören werden, solange sich die Bundesregierung gegenüber der türkischen Regierung zurückhält. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) fordert, dass Außenminister Heiko Maas oder sein eventueller Nachfolger an den türkischen Botschafter in Deutschland herantritt und ihm verdeutlicht, dass es sich bei den Drohungen und Gewalttaten gegen Journalist*innen um inakzeptable Verbrechen handelt.

Forderungen an die deutsche Bundesregierung und andere NATO-Regierungen

- ✘ Die deutsche Bundesregierung und andere NATO-Regierungen sollen die transnationale Unterdrückung ihres NATO-Partners Türkei klar und unmissverständlich verurteilen.
- ✘ Im Falle einer Fortsetzung der transnationalen Unterdrückung sollen die deutsche Bundesregierung und andere NATO-Regierungen Sanktionen gegen die türkische Regierung verhängen.
- ✘ Die deutsche Bundesregierung und andere NATO-Regierungen sollen Exilant*innen aus der Türkei vor Verfolgung schützen.
- ✘ Geheimdienste in Deutschland und anderen NATO-Ländern sollen bei der Verfolgung der Oppositionellen dem türkischen Geheimdienst keine Hilfe leisten. Die Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst sollte auf ein Minimum reduziert werden.
- ✘ Die Bundesregierung und vor allem Interpol sollten Auslieferungsersuchen aus Ankara ignorieren.
- ✘ Exilant*innen aus der Türkei dürfen nicht mehr von den Ausländerbehörden gezwungen werden, etwa ihre Reisepässe in den türkischen Generalkonsulaten zu verlängern. Den Betroffenen werden sogenannte konsularische Dienste ohnehin verweigert. Die Menschen werden nur traumatisiert und die türkischen Behörden erfahren die Adressen der Exilant*innen.
- ✘ Dutzende Deutsche sitzen in türkischen Gefängnissen oder dürfen das Land nicht verlassen, weil sie etwa auf Facebook oder Twitter Kritik an Erdogan geübt haben oder verdächtigt werden, der PKK oder der Gülen-Bewegung nahestehen. Die Bundesregierung muss den Druck auf Ankara auf internationaler Ebene erhöhen, um die Betroffenen schnellstmöglich nach Deutschland zu holen.

Quellen

1. Freedom House (2021), Out of sight, not out of reach. The global scale and scope of transnational repression, verfügbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-02/Complete_FH_TransnationalRepressionReport2021_rev020221.pdf
2. Der Tagesspiegel (2021), Türkische Exilanten bedroht – Bundesregierung befasst sich mit „Todeslisten“, 26. Juli, verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-angriff-auf-tuerkischen-journalisten-in-berlin-tuerkische-exilanten-bedroht-bundesregierung-befasst-sich-mit-todeslisten/27454244.html> (aufgerufen am 17.09.2021)
3. Deutschlandfunk (2021), Wie die Türkei weltweit auf Dissidentenjagd geht, 01. August, verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/unterdrueckung-ueber-grenzen-hinweg-wie-die-tuerkei.724.de.html?dram:article_id=501121 (aufgerufen am 17.09.2021)
4. Deutschlandfunk (2021), Türkei entführt systematisch Oppositionelle aus dem Ausland, 22. Juni, verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/der-lange-arm-ankaras-tuerkei-entfuehrt-systematisch.795.de.html?dram:article_id=499152 (aufgerufen am 17.09.2021)
5. Deutschlandfunk (2021), Politik aus dem Exil, 24. Februar, verfügbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/tuerkische-regierungskritiker-in-deutschland-politik-aus.724.de.html?dram:article_id=493071 (aufgerufen am 17.09.2021)
6. Heise Online (2021), Kritiker der türkischen Regierung werden auch in Deutschland verfolgt, 31. Juli, verfügbar unter: <https://www.heise.de/tp/features/Kritiker-der-tuerkischen-Regierung-werden-auch-in-Deutschland-verfolgt-6152145.html> (aufgerufen am 17.09.2021)
7. Heise Online (2016), Türkischer Geheimdienst - Paris: Ein Agent stirbt im Gefängnis, 24. Dezember, verfügbar unter: <https://www.heise.de/tp/features/Tuerkischer-Geheimdienst-Paris-Ein-Agent-stirbt-im-Gefaengnis-3581637.html> (aufgerufen am 24.09.2021)
8. TAZ (2021), Weiterschreiben unter Polizeischutz, 25. Juli, verfügbar unter: <https://taz.de/Journalist-ueber-Anschlag-auf-ihn/!5787116/> (aufgerufen am 17.09.2021)
9. <https://www.aa.com.tr/tr/turkiye/kalin-feto-dunyanin-hicbir-yerinde-rahat-nefes-alamayacak/1203269> (in türkischer Sprache, aufgerufen am 07.10.2021)

Impressum



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft:
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070
(BIC) BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentant*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Autor*innen: Dr. Kamal Sido, Verena Hofer und Erkan Pehlivan

Redaktion: Jonas Bermaoui

Layout: Tanja Wieczorek

Titelbild: Erdogan steht nicht für die Grundwerte Europas, sondern für Willkür- und Gewaltherrschaft. Mit einer symbolischen Kranzniederlegung vor der Neuen Wache hat die GfbV den tausenden Opfern seiner Gewaltherrschaft eine Stimme geben. Berlin 2018, Foto: Hanno Schedler

Herausgegeben von der
Gesellschaft für bedrohte Völker
im November 2021

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0

Fax: +49 551 58028

E-Mail: info@gfbv.de

www.gfbv.de

Spendenkonto

bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33HAN